



## Im Wartezimmer Europas: Westlicher Balkan – zwischen Beitrittsperspektive und Wirtschaftsunion

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Balkanologenverband e.V. / Osteuropa-Abteilung der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz  
Berlin, 7. Dezember 2017

*Bericht von Dragan Šljivić, Susanne Keller, Johannes Gold und Vesna Cidilko, Berlin*

□ Am 7. Dezember 2017 fand in der Staatsbibliothek zu Berlin eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „Im Wartezimmer Europas: Westlicher Balkan – zwischen Beitrittsperspektive und Wirtschaftsunion“ statt, an der die Botschafter der Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Makedonien, Serbien und Kosovo, ein Vertreter aus Deutschland sowie ein Diskussionsleiter von der Stiftung Wissenschaft und Politik teilnahmen. Ziel der Podiumsdiskussion war es, von den Botschaftern der Westbalkan-Staaten, die sich noch immer im „Wartezimmer Europas“ befinden, zu erfahren, wie sie den bisherigen Beitrittsprozess zur Europäischen Union beurteilen und was sie in diesem Zusammenhang als wünschenswert für die kommenden Jahre erachten.

Der so genannte „Berlin-Prozess“ wurde 2014 in Gang gesetzt. Er soll die regionale Zusammenarbeit unter den Westbalkan-Staaten verbessern, welche bereits seit 2000 auf die Umsetzung einer ihnen in Aussicht gestellten „europäischen Perspektive“ im Sinne der Eröffnung von konkreten Beitrittsgesprächen warten. Nach dem Thessaloniki-Gipfel, der im Juni 2003 stattfand und auf dem Mazedonien, Albanien, Kosovo, Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina die Perspektive eines EU-Beitritts zugesagt wurde, haben Montenegro und Serbien 2012 bzw. 2014 mit den Beitrittsverhandlungen begonnen, obwohl zugegebenermaßen die Bereitschaft der EU, eine rasche Erweiterung durchzuführen, deutlich geringer geworden ist. Nach dem Brexit-Votum scheint diese Perspektive in weite Ferne gerückt zu sein. In der Krisensituation der EU wächst auch in den Balkanländern das Lager der Euroskeptiker und Populisten, die nach anderen strategischen Partnerschaften Ausschau halten. In der Flüchtlingskrise wurde deutlich, dass die Sicherheit Europas, besonders entlang der „Balkanroute“, mit der Lage auf dem Balkan eng verknüpft ist. Eine Hoffnung der Länder auf einen EU-Beitritt sorgt in der Region für Frieden. Von EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn stammt der Ausspruch, eine „positive Abhängigkeit“ der Balkanländer voneinander könne dazu beitragen, die allgegenwärtigen ethnischen Spannungen zu entschärfen.

In dieser Gemengelage widersprüchlicher Interessen diskutierten die Teilnehmer der Podiumsdiskussion Anfang Dezember 2017 darüber, wie sich die Balkanländer zwischen ihrer Beitritts-

perspektive und ihrer regionalen Kooperation positionieren und wie ihre aktuelle Situation aus westeuropäischer Sicht einzuschätzen ist. Insgesamt fünf der in Berlin akkreditierten Botschafter nahmen an der Diskussion teil: *Artur Kuko* (Albanien), *Željko Janjetović* (Bosnien und Herzegowina), *Sasho Markovski* (Makedonien), Dr. *Dušan Crnogorčević* (Serbien) und *Skender Xhakaliu* (Kosovo). Der Botschafter aus Montenegro, Dr. Ranko Vujačić, musste aus dringenden familiären Gründen absagen. Als Vertreter Deutschlands war *Helge Tolksdorf*, Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, eingeladen. Dr. *Dušan Reljić*, Leiter des Büros der Stiftung Wissenschaft und Politik in Brüssel, übernahm die Diskussionsleitung.

Die Veranstaltung wurde mit Grußworten der Generaldirektorin der Staatsbibliothek zu Berlin, *Barbara Schneider-Kempf*, der Präsidentin des Balkanologenverbandes, Prof. Dr. *Gabriella Schubert*, sowie des Leiters der Osteuropa-Abteilung, *Olaf Hamann*, eröffnet. In ihrem Grußwort stellte Gabriella Schubert die leitende Idee der Veranstaltung vor. Ohne die Balkanländer, so Schubert, könne eine endgültige Einigung Europas nicht realisiert werden. Die letzten EU-Krisen (Brexit, Finanz-, Flüchtlingskrise) verdeutlichten, wie instabil die vermeintlich stabilen Grundlagen der EU seien. In der Flüchtlingskrise habe sich gezeigt, welche Bedeutung die Balkanregion für die Sicherheit Europas besitze. Die Erweiterungspolitik der EU stehe vor einer neuen Herausforderung. Die Unterstützung der Lager der Euroskeptiker und Populisten in den Balkanländern hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen.

Im Anschluss daran hielt Helge Tolksdorf ein Impulsreferat über die Sicht der Europäischen Union auf die Zusammenarbeit mit den Westbalkan-Staaten und die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft. Für die Aufnahme der Balkanstaaten in die EU sei das Kriterium der Rechtsstaatlichkeit von zentraler Bedeutung. Die sich anschließende Podiumsdiskussion wurde von Dušan Reljić moderiert.

Reljić eröffnete die Diskussion mit der provozierenden Frage, was sich die Botschafter als „Weihnachtsgeschenk“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel wünschten. Die Runde begann mit Artur Kuko, Botschafter Albaniens. Eine schnelle Regierungsbildung in Deutschland wäre aus seiner Sicht das Wichtigste, ebenso eine Fortsetzung der Politik des europäischen Föderalismus. Der Botschafter Kosovos, Skender Xhakaliu, betonte, dass es für Kosovo schwierig sei, ohne deutsche Unterstützung voranzukommen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Der Botschafter Makedoniens, Sasho Markovski, berichtete, dass er seine Kindheit und Jugend in Deutschland (Fulda) verbracht habe, und dass er sich noch gut daran erinnern könne, wie man damals mit einem jugoslawischen Pass durch Europa frei reisen konnte. Nach 1989 sei für die Westbalkan-Länder an die Stelle der Berliner Mauer eine „Schengen-Mauer“ getreten. Es bedürfe Kraft und Mut, Entscheidungen zu treffen, welche die Grenzen nicht nur verschieben, sondern sie ganz verschwinden ließen. Nach Ansicht von Željko Janjetović, Botschafter von Bosnien und Herzegowina (BiH), brauchte Deutschland dringend eine neue Regierung, die sich unter anderem stärker wirtschaftlichen Fragen zuwendet. Die Auswanderungsstatistik Bosniens sei dramatisch – etwa 140.000 junge, qualifizierte Menschen würden BiH in den kommenden zehn Jahren verlassen. Man benötige dringend konkrete Investitionsmaßnahmen in BiH. Dušan Crnogorčević, Botschafter Serbiens, betonte, dass die EU-Erweiterungspolitik mit unverminderter Kraft fortgesetzt werden müsse, um nicht ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren.

In der folgenden Runde widmete sich Moderator Reljić den wirtschaftlichen Herausforderungen der Balkanländer. Die wirtschaftlichen Prognosen sehen nach seiner Darstellung sehr schlecht aus. Die Region werde etwa 50 Jahre brauchen, um einen EU-Durchschnitt zu erreichen. Die Produktivität sei zwar gestiegen, aber die Beschäftigung sei auf einem niedrigen Stand geblieben,

und es habe sich gezeigt, dass die direkten ausländischen Investitionen nicht signifikant zu einer höheren Beschäftigung beitragen. Es sei daher wichtig, in die Infrastruktur zu investieren. Zwischen 2006 und 2016 habe das Handelsdefizit zwischen den Westbalkan-Staaten und der EU eine Höhe von 98 Milliarden Euro erreicht. Die wirtschaftliche Unterstützung sei zwar in Richtung der Region geflossen, doch die Handelsdefizit-Statistiken zeigten, dass der effektive Geldstrom vom Westbalkan in Richtung EU fließe. Deshalb stellte Reljić die Frage, ob ein „Junkerplan“ für diese Region notwendig sei.

Helge Tolksdorf verwies auf Betrachtungen des Bundesaußenministers Siegmund Gabriel, der immer wieder von der Notwendigkeit einer Harmonisierung einer kohärenten Politik mit klaren Konditionen und ausreichenden Geldern gesprochen habe. Es gebe ein „*window of opportunity*“, neue Möglichkeiten auszunutzen. Programme wie Erasmus Plus, Horizon 2010 und andere Instrumente stehen zur Verfügung. Es gebe eine große Zahl von Ideen, die diskussionswürdig seien.

Dušan Reljić eröffnete die nächste Diskussionsrunde mit der Frage: „Warum haben die Balkanländer ihre Hausaufgaben nicht erledigt?“. Die erste Wortmeldung kam vom bosnischen Botschafter Željko Janjetović, der von der Notwendigkeit sprach, die administrativen Abläufe in seinem Land zu verbessern. Eine konkrete Reformagenda sei erforderlich. Die wirtschaftliche Situation in den Balkanstaaten sehe nicht gut aus. Montenegro habe 41 % des EU-Durchschnitts erreicht, Makedonien 38 %, Serbien 36 %, BiH 31 %. Mit diesen Zahlen werde deutlich, dass die Westbalkan-Länder eine gezielte und konkrete wirtschaftliche Unterstützung brauchten. Der serbische Botschafter betonte, dass eine hohe Verantwortung für die gegenwärtige Situation in der Region des Westbalkans zu suchen sei. Das Problem, dass die Balkanländer sehr langsam ihre notwendigen Reformen durchsetzten oder sie überhaupt nicht durchsetzen wollten, sei kein serbisches Spezifikum. Eine Schwierigkeit, die ebenfalls erörtert werden sollte, seien die neuen EU-Regeln, die oft mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden seien. Trotzdem gebe es Gründe zu Optimismus. Der Botschafter Kosovos, Skender Xhakaliu, unterstützte die Aussagen des bosnischen und des serbischen Botschafters und betonte, dass die kleinen Länder des Westbalkans mehr Unterstützung Europas benötigten.

Die folgende Diskussionsrunde berührte finanzielle Fragen. Durch Handel und Kreditzahlungen fließe der Geldstrom in Richtung EU; mit den Worten Reljićs: „The EU has already swallowed these countries, but they have not been digested yet“. Tolksdorf stellte die Frage nach dem Nutzen von Entwicklungshilfe: Es sei nicht unbedingt notwendig, ein Kohlekraftwerk mit einem Kredit in Höhe von 800 Million Euro modernisieren zu lassen, wenn ein Land mit der gleichen Summe zwei neue bauen lassen könnte. Die Zahl der Kredite steige weiterhin, besonders mit der Zweckbestimmung der Infrastruktur-Modernisierung. Reljić wies darauf hin, dass die Frage des Kapitalstroms eine der größten Herausforderungen darstelle. In den letzten drei Jahren habe Kroatien 3 Milliarden Euro aus der EU erhalten. Serbien brauche mindestens 25 % des Anteils der Investitionen in BIP, um eine nachhaltige Infrastruktur-Entwicklung voranzutreiben. Die ganze Region brauche dringend Investitionen, weshalb die Rolle, die China nun spiele, immer mehr an Bedeutung gewinne. Auch der Einfluss Russlands in der Region habe stark zugenommen. Der Botschafter Albanien, Kuko, gab zu verstehen, dass keines der Länder des Westbalkans den EU-Weg verlassen wolle. Es wäre wünschenswert, wenn die Länder nicht mehr als „potenzielle Kandidaten“ bezeichnet würden, sondern den Status von Beitrittskandidaten erhielten. Alle Länder der Region, ohne Ausnahme, sollten mit Beitrittsverhandlungen beginnen. Das chinesische Investitionsprojekt „One belt – one road“, an dem 16 europäische Länder, darunter auch EU-Mitgliedstaaten, teilnahmen, ist nach Ansicht des serbischen Botschafters eine gute zusätzliche Quelle für notwendige Investitionen in die Infrastruktur.

Anschließend erhielt das Publikum die Gelegenheit, Fragen zu stellen oder Anmerkungen zu machen. Der Botschafter Kroatiens, Dr. Gordan Grlić Radman, hob die Solidarität und die Hilfsbereitschaft seines Landes für die Beitrittsstaaten hervor. Es sei auch im Interesse Kroatiens, wenn die Westbalkan-Länder möglichst bald zur EU gehörten. – Die übrigen Wortmeldungen befassten sich mit den Problemen der Reisefreiheit, ferner der Enttäuschung der politischen Eliten in Albanien, die das Ausbleiben der EU-Integration mit der Vereinigung Albaniens und Kosovos kompensieren wollten. In weiteren Wortmeldungen wurden die Auswanderung junger Menschen aus der Region und ein Defizit an Initiative seitens der politischen Vertreter, Integration in der Region voranzubringen, beklagt. Der serbische Botschafter Crnogorčević dankte seinem kroatischen Kollegen für dessen Solidarität. Nach seiner Auffassung besitzt das Modell der Zusammenarbeit in der „Nördlichen Dimension“ der EU auch Vorbildfunktion für Südosteuropa. Der Botschafter Bosniens und der Herzegowina sprach von den Herausforderungen seines Landes, wobei er insbesondere die hohe Auswanderungsquote hervorhob. Den Hauptgrund sehe er in der hohen Arbeitslosigkeit, aber auch die schlechte Infrastruktur trage dazu bei. Es gebe Gemeinden wie Goražde, Gračanica und Tešanj mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit, aus denen dennoch junge Menschen auswanderten. Für den makedonischen Botschafter war es wichtig zu betonen, was der Frieden in Europa tatsächlich dem Kontinent gebracht habe. Es bestehe der Wille, eine Lösung mit Griechenland in der Namensfrage zu finden. Der Botschafter Kosovos sprach ebenfalls von der Auswanderung als der größten Herausforderung seines Landes, wobei Kosovo dieses Problem mit mehr Investitionen in die Ausbildung bekämpfen wolle. Man müsse besonders in den Aufbau des Mittelstandes investieren.

Die lebhafteste Podiumsdiskussion wurde von Dušan Reljić mit den Worten beendet, dass diese Veranstaltung wichtige Themen berührt habe. Das große Interesse des Publikums habe sich daran gezeigt, dass alle Zuhörer die Veranstaltung bis zu ihrem Ende aufmerksam verfolgten.

---